Resolution

Mehr Klimaschutz durch Landwirtschaft

Mainz/Fulda, 17.11.2015. Im Vorfeld der 21. Internationalen UN-Klimakonferenz in Paris fordert die Bioland Bundesdelegiertenversammlung die Bundesregierung auf, ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Reduktion der Treibhausgase in der Landwirtschaft aufzulegen und dabei die Potentiale des Biolandbaus bei der Ausgestaltung ihrer Politikmaßnahmen verstärkt zu nutzen.

Die Staats- und Regierungschefs müssen sich auf ein Abkommen mit verbindlichen Maßnahmen einigen, die die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzen. Denn bereits bei einem Anstieg von zwei Grad ist mit massiven Folgen für Ökosysteme und Gesellschaften zu rechen. Deutschland muss bis 2050 die Emissionen um mindestens 95 Prozent senken, um die Erderwärmung zu verlangsamen. Landwirtschaft, Ernährungssektor und Verbraucher müssen dazu ihren Beitrag leisten. Entlang der Wertschöpfungskette von der Agrarproduktion über Verarbeiter, Vermarkter und Händler bis zum Endverbraucher und schließlich bis zur Entsorgung entstehen rund 20 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland.

Die Landwirtschaft ist aber nicht nur Mit-Verursacher, sondern auch Betroffener des Klimawandels. Extreme Starkregen, Hochwasser aber auch Trockenheiten führen schon heute zu Ernteverlusten. Wissenschaftliche Studien belegen, dass der ökologische Landbau das emissionsärmere Produktionsverfahren darstellt. Im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) wird die Erhöhung des Flächenanteils des ökologischen Landbaus als eine wichtige Maßnahme zur Reduktion der Treibhausgase genannt.

Die Bioland Bundesdelegierten fordern die Bundesregierung und die Bundesländer auf:

- ... die Agrar- und Ernährungspolitik als Teil der Klimapolitik auszurichten – mit verbindlichen Reduktions- und Zwischenzielen.

- ... ein Maßnahmenpaket umzusetzen, welches Synergieeffekte mit den Bereichen Gewässer-, Boden- und Naturschutz effektiv nutzt. Beispiel: Der Humusaufbau in Böden dient über CO2-Bindung dem Klimaschutz, erhält intakte Böden und verbessert deren Wasserhaltekapazität. Der ökologische Landbau bietet sich als Lösungsstrategie bei der Bewältigung dieser Herausforderungen besonders an. Er ist als Leitbild einer ressourcen- und klimaschonenden Landnutzungsform zu verankern und zu fördern. Das Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 20 Prozent Biolandbau ist mit geeigneten Maßnahmen forciert anzugehen.

Hrsg.: Bioland e.V., Kaiserstr. 18, 55116 Mainz, Tel.: 06131/23979-0, Fax: 06131/23979-27,
E-Mail: info@bioland.de, www.bioland.de

Resolution

- ... ein Maßnahmenpaket umzusetzen, welches Klimaschutz mit Ernährung verknüpft. Die Durchführung einer Informations- und Motivationskampagne zur Reduzierung des Fleischkonsums unter dem Motto „Weniger Fleisch und dafür Bio“ ist dringend geboten. Dadurch können der Flächenbedarf für Futtermittel, die Tierbestände und die entsprechenden Treibhausgasemissionen deutlich reduziert werden.

- ... die offensive Exportstrategie für tierische Lebensmittel zu stoppen. Diese ist aus Sicht des Klima- und Umweltschutzes kontraproduktiv. Gleichzeitig muss der Flächenrucksack der deutschen Tierproduktion durch Minimierung der Futtermittelimporte reduziert werden. Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie die Förderung des Biolandbaus und des Absatzes von Biolebensmitteln ist die adäquate Strategie zur Bewältigung der großen Herausforderungen im Umwelt- und Tierschutz.

- ... die laufende Kommunikationskampagne zur Verringerung der Wegwerfrate von Lebensmitteln in Haushalt, Handel und Herstellung mit konkreten gesetzlichen Maßnahmen zu flankieren (zum Beispiel die Aufgabe des Mindesthaltbarkeitsdatum zugunsten des Produktionsdatums).

- ... aus der energieintensiven Landnutzung und Tierhaltung auszusteigen. Stickstoffüberschüsse und damit Lachgasemissionen infolge von synthetischem Mineraldüngung und nicht sachgemäßer organischer Düngung sind drastisch zu reduzieren. Die Einführung einer Stickstoffabgabe dient diesem Ziel.

- ... ein Maßnahmenpaket zum Schutz und zur Renaturierung von Mooren und hydromorphen Böden umzusetzen. Die Maßnahmen müssen eng mit den Zielen der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung verknüpft werden.

- ... einen konsequenten Schutz von Dauergrünland zu gewährleisten. Über eine Grünlandnutzung mittels ökologischer Milch- und Fleischproduktion mit Wiederkäuern kann der Erhalt von Grünland besonders umweltverträglich und tiergerecht gesichert werden.

- ... den Anbau von Leguminosen sowohl über die Förderpolitik als auch über entsprechende Züchtungsprogramme zu unterstützen. Dadurch wird synthetischer Stickstoffdünger ersetzt und durch Humusaufbau CO2 im Boden gespeichert.

- ... einen politischen Strategiewechsel in der Biomassepolitik einzuleiten und die Flächenkonkurrenz zur Lebens- und Futtermittelproduktion zu reduzieren. Die Biomasseerzeugung muss sich auf die konsequente Verwendung von Reststoffen konzentrieren.

Resolution

- ... die Forschung für klimafreundlichere Anbaumethoden massiv auszubauen. Für den Biolandbau sind die Mittel des Bundesprogramms Ökologischer Landbau auf 60 Mio. Euro aufzustocken und weitere öffentliche Mittel für Forschung und Wissenstransfer zur Verfügung zu stellen - insbesondere auch aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.

- ... die EU-Agrarzahlungen konsequent auf die vielfältigen Herausforderungen im Klima- und Umweltschutz neu auszurichten.

Hrsg.: Bioland e.V., Kaiserstr. 18, 55116 Mainz, Tel.: 06131/23979-0, Fax: 06131/23979-27,
E-Mail: info@bioland.de, www.bioland.de